

AD-

ROTSPECHT



Parolen für die eidgenössischen und städtischen Abstimmungen vom 24. November 2024

Ausbau Nationalstraßen: NEIN

Mietrecht Untermiete (Änderung des Obligationenrechts): NEIN

Kündigung wegen Eigenbedarfs (Änderung des Obligationenrechts): NEIN

Finanzierung der Gesundheitsleistungen (Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung): NEIN

Städtisches Budget (Langenthal). JA

EDITORIAL/ECKE DES PRÄSIDENTEN SPO



Liebe Rotspechtleser:innen,

Und schwupp ist das Jahr wieder fast um und der letzte Rotspecht 2024 flattert euch ins Haus. Es war ein intensives Jahr voller Abstimmungskämpfe und Wahlen und nicht immer ging es so aus, wie wir uns das gewünscht hätten.

Aber manchmal schon. Letztes Wochenende hat die SP Huttwil mit Adrian Wüthrich und Sybille Richiger ein sensationelles Wahlergebnis im Gemeinderat eingefahren. Inzwischen ist klar: Aufgrund seines hervorragenden Resultats, stellt sich Adrian für das Amt als Gemeindepräsident zur Verfügung und tritt damit gegen Marcel Sommer von der SVP an. Am 24. November wird entschieden. Wir drücken die Daumen!

Wahlkämpfe sind intensiv, emotional und stressig – danke an alle, die im letzten Jahr für die SP in den Ring gestiegen sind und für uns gekämpft haben.

Aber auch danke an euch, liebe Lesende für eure Treue. Auf ins nächste Jahr!

Désirée Fessler
Redaktionsleiterin Rotspecht



Liebe SP - Mitglieder

Der Sommer ist vorbei, der Herbst beschert uns mit farbigen Blättern, Nebel, kürzeren Tagen und für uns als Partei – mit Gemeindewahlen. Wir waren und wir sind weiterhin im Einsatz, um zu mobilisieren. Dabei fällt auf, dass die **Wahlbeteiligung** für die kommunalen Wahlen erstaunlich tief ist. Warum ist das wohl so? Finden die Leute die Gemeindepolitik weniger wichtig? Dabei haben wir mit unserer Stimme am meisten Einfluss darauf, wer am Ruder der Gemeinde sitzt und über Schulen, Strassen, Sicherheit und Steuern entscheidet. In Langenthal gingen 34.76 Prozent, in Aarwangen gar nur 28.01 Prozent wählen. Bei dieser tiefen Beteiligung können wir als Partei einen Unterschied machen, wenn wir unsere Wählenden, die sich für die sozialen und ökologischen Themen interessieren, motivieren können zu wählen. Danke an alle dafür.

An dieser Stelle **gratuliere ich im Namen der SP Oberaargau allen Gewählten** herzlich zur Wahl! In Aarwangen wurden Renate Kläy und Daniel Bader wiedergewählt. In Niederbipp kann Fabienne Felber-Staub als Gemeinderätin weiterarbeiten. In Huttwil werden Sybille Richiger und ich neu in den Gemeinderat einziehen, mit dem besten Ergebnis aller stelle ich mich am 24. November zur Wahl als Gemeindepräsident. In Oberbipp wurde Barbara Ryter erneut gewählt. Enorm wichtig war für

uns, dass **Reto Müller als Stadtpräsident in Langenthal** wiedergewählt wurde – es ist das einzige vollamtliche Gemeindepräsidium im Oberaargau. Auch Martina Moser wurde wiedergewählt – mit dem besten Ergebnis aller Kandidierenden. In den Langenthaler Stadtrat wurden fünf Frauen und fünf Männer gewählt: Gerhard Käser, Nathalie Scheibli, Linus Rothacher, Saima Sägesser, Roland Loser, Dan Weber, Verena Heubi, Cornelia Gerber-Schärer, Sandro Baumgartner und Carmen Cescato (als einzige neu). Herzliche Gratulation Ich hoffe, keine Gemeinde vergessen zu haben...

Aus regionaler Sicht gab es in der Herbstsession des Grossen Rates einen richtungsweisenden Entscheid: Der Kanton wird die Verantwortung für die Ausbildung der Angehörigen des Zivilschutzes von den Gemeinden übernehmen. Geplant ist ein kantonales Ausbildungszentrum für Feuerwehr, Zivilschutz und Polizei. Folglich wird unser **Ausbildungszentrum ZAR Aarwangen** eine ungewisse Zukunft haben. Als Mitglied des Verwaltungsrates kann ich garantieren, dass wir alle Optionen prüfen werden, um eine Schliessung zu verhindern. Eine kreative Lösung wie für das Schloss Aarwangen wäre wünschbar, aber ohne Ausbildungen von Feuerwehr und Zivilschutz wird es schwierig diese Institution weiterbetreiben zu können. Wir bleiben dran – im Einsatz für unsere Region!

Adrian Wüthrich
Präsident SP Oberaargau
Alt Nationalrat



SPANISCHE WEINHALLE

Bahnhofstr 4 | 4900 Langenthal

T. 062 922 19 40 | mail@spanischeweinhalle.ch

www.spanischeweinhalle.ch

EINHEITLICHE FINANZIERUNG – DAS GEFÄHRLICHE EXPERIMENT



Die EFAS-Vorlage (**E**inheitliche **F**inanzierung von **a**mbulanten und **s**tationären Leistungen) ist die Geschichte einer guten Idee, die in einem gefährlichen Experiment endet. Die Gewerkschaft VPOD hat dagegen das Referendum ergriffen. Deswegen stimmen wir am 24. November darüber ab.

Die Grundidee

Bei EFAS geht es nicht um die Kostenhöhe bzw. deren Festsetzung, sondern um den Finanzierungsschlüssel. Heute übernimmt der Kanton fast die Hälfte der stationären Kosten wie auch der Kosten der Pflege, aber keine ambulanten Kosten. Ambulante Kosten sind häufig tiefer als stationäre, eine Förderung dieser könnte also die Gesamtkosten senken. Solange dieser Kostenblock aber ausgebaut wird, ohne dass die Kantone einen Teil übernehmen, nimmt nur die Prämienlast zu. Die simple Idee: Übernehmen Kantone einen gleich grossen Teil des Kuchens für alle Bereiche, steigt der Anreiz mehr Behandlungen ambulant durchzuführen und die Last würde sinken.

Ambulante Grundversorgung heute schon am Limit

Eine Verschiebung von Behandlungen in den ambulanten Bereich würde voraussetzen, dass genügend ambulantes Angebot vorhanden ist. Dieses ist aber heute bereits am Anschlag. Zu wenig Hausärzte oder Wartezeiten in Spitälern von einem halben Jahr sind heute bereits Tatsache. Wie sollen diese eine gesteigerte Nachfrage nach ambulanten Behandlungen überhaupt auffangen? Wie dies sichergestellt werden soll, ist nicht Teil der Vorlage.

Was anders funktioniert, lässt sich nicht auf die gleiche Weise lösen



Was in der Grundidee gar nicht thematisiert wird, ist die Langzeitpflege - also Alters- und Pflegeheime sowie die Spitex. Auf diese soll der einheitliche Schlüssel von 26.9% Beteiligung der Kantone mitangewendet werden. Bis jetzt haben die Kantone aber die Restkostenfinanzierung übernommen: Alles, was durch die gedeckelten Selbstzahlungen der Bewohnenden und durch die Kassen nicht finanziert war, übernahm der Kanton. Im Kanton Bern beträgt dieser Teil ca. 41%. Mit EFAS wird dieser um 14% verringert – die nun jemand anderes auffangen muss. Wer, bleibt unklar. Fest steht: der Beitrag der Bewohnenden wäre neu nicht mehr begrenzt und auch die Kassen werden ihren Anteil erhöhen müssen.

Fazit

Eine heute schon am Limit stehende ambulante Grundversorgung soll einen höheren Andrang übernehmen. Die Langzeitpflege – notabene der Kostenblock, der aufgrund der Demografie in Zukunft am stärksten wachsen wird – soll weniger von den Kantonen und mehr über die Prämien finanziert werden. An den Fehlanreizen über die Kosten der Behandlungen ändert sich direkt nichts. Und sollten die Tarife neu verhandelt werden, haben die Kantone einen kleineren Hebel, da sie ja einfach fix ihren Beitrag bezahlen, die Kassen verfügten über mehr Verantwortung. Institutionen, die nicht der Bevölkerung, sondern dem Profit verpflichtet sind. Ob sich so sinnvolle und gerechte Preise definieren lassen, ist in Frage zu stellen. Es bleibt zu viel unklar. Die Vorlage bringt neue Probleme und löst die Bestehenden nicht.

Nein zu EFAS!

Lirija Sejdi
SP Langenthal
Präsidentin GBO

ÄNDERUNGEN MIETRECHT

Zwei Mal NEIN zur Schwächung des Mieterschutzes



Am 24. November stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über zwei gefährliche Mietrechtsreferenden ab: Die Änderungen betreffen sowohl die Untermiete als auch den Kündigungsschutz bei Eigenbedarf. Beide Vorlagen haben dasselbe Ziel: Sie schwächen den Mieterschutz und machen es für Vermieter*innen leichter, Mieter*innen aus ihrer Wohnung zu verdrängen, um im Anschluss die Mieten anzuheben. Dies würde die ohnehin angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt weiter verschärfen und besonders jene Menschen treffen, die bereits jetzt Mühe haben, sich die hohen Mieten zu leisten.

Kündigung wegen Eigenbedarfs

Eine der zentralen Änderungen betrifft den sogenannten **Eigenbedarf**. Vermieter*innen sollen noch einfacher Mietverhältnisse auflösen können, wenn sie angeben, die Wohnung für sich oder nahe Verwandte zu benötigen. Doch bereits heute ist eine Kündigung wegen Eigenbedarfs möglich! Ein neues Gesetz ist dafür nicht nötig. Diese Vorlage ist daher nicht mehr als ein Vorwand, um den Kündigungsschutz zu lockern und es Vermieter*innen zu erleichtern, Mieter*innen aus ihrer Wohnung zu drängen. Oft geschieht dies, um die Wohnung danach zu einem höheren Preis neu zu vermieten. Das gefährdet besonders ältere Menschen, die seit vielen Jahren in denselben Wohnungen leben und auf stabile Mietverhältnisse angewiesen sind. Sie könnten plötzlich gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen – mit gravierenden sozialen und finanziellen Folgen.

Einschränkung der Untermiete

Die zweite Vorlage zielt auf die **Untermiete** ab, ein bewährtes Modell, das vielen Menschen Flexibilität bietet. Studierende, Berufstätige im Ausland oder Menschen, die

ihre Wohnung zeitweise nicht nutzen, können so die hohen Wohnkosten abfedern, ohne die Wohnung vollständig aufgeben zu müssen. Doch genau diese wichtige Möglichkeit wird durch die neue Gesetzgebung massiv eingeschränkt. Künftig könnten Vermieter*innen die Untermiete wesentlich strenger regulieren und Mieter*innen innerhalb von nur 30 Tagen kündigen – und das auch wegen kleinerer Verstösse oder Missverständnisse. Diese Verschärfung ist besonders problematisch, da sie viele Mieter*innen, die auf Untermiete angewiesen sind, in eine prekäre Lage bringt. Besonders in Städten, wo der Wohnraum ohnehin knapp ist, wird die Untermiete häufig genutzt, um sich Wohnungen zu leisten oder während eines Auslandsaufenthaltes die Bindung an die Wohnung zu erhalten. Die neuen Regeln würden nicht nur Unsicherheit schaffen, sondern auch dazu führen, dass Vermieter*innen noch mehr Kontrolle über ihre Mieter*innen ausüben können.

Weshalb zwei Mal NEIN?

Die Mietpreise in der Schweiz steigen seit Jahren unaufhörlich. Immer mehr Menschen sehen sich gezwungen, einen grossen Teil ihres Einkommens für die Wohnkosten auszugeben. Besonders Familien, Alleinerziehende und ältere Menschen sind von dieser Entwicklung betroffen. Anstatt aber die Rechte der Mieter*innen zu stärken und für stabile, faire Mieten zu sorgen, zielen die beiden Vorlagen darauf ab, die Vermieter*innen weiter zu bevorteilen. Die bestehenden Schutzmechanismen werden ausgehöhlt, wodurch es für Eigentümer*innen noch leichter wird, Menschen aus ihren Wohnungen zu verdrängen. Deshalb ist klar: **Am 24. November zwei Mal NEIN!** Für einen starken Mieterschutz, faire Mietpreise und soziale Gerechtigkeit.



Gabriela Bannwart ist SP-Stadträtin in Burgdorf und die neue Präsidentin der Mieterverbandregionalgruppe Emmental – Oberraargau. Sie hat als Gastautorin diesen Artikel beigesteuert. Merci, Gabi!

SAMIRA MARTINI IST NEUE PRÄSIDENTIN DER SP BUCHSI



Von l.n.r.: Morena Adimari, Samira Martini, Hans Gfeller

An der a.o. Hauptversammlung der SP Buchsi wurde Samira Martini zur neuen Präsidentin ad interim gewählt. Mit Morena Adimari und Hans Gfeller wählte die Versammlung zudem zwei neue Vorstandsmitglieder.

An der SP-Hauptversammlung vom März 2024 trat der langjährige Parteipräsident Hans Wyssmann von seinem Amt zurück. Da das Präsidium nicht umgehend besetzt werden konnte, teilte sich der Vorstand die Präsidialaufgaben vorübergehend unter sich auf. Nun hat die SP Buchsi wieder einen Vorsitz. Mit Akklamation wählten die Parteimitglieder an der a.o. Hauptversammlung Samira Martini zur neuen Präsidentin a.i.

Die 24-jährige Martini arbeitet seit 2019 engagiert im Vorstand der SP Herzogenbuchsee mit. Sie setzt sich für soziale Anliegen, Migrationsfragen und eine gleichberechtigte Gesellschaft ein. Beruflich ist Samira Martini Sozialversicherungsfachfrau. Die SP Buchsi freut sich, eine neue Präsidentin gefunden zu haben,

wenn auch nur ad interim. Hans Wyssmann bezeichnete seine Nachfolgerin an der HV als «politisches Naturtalent».

Mit Morena Adimari und Hans Gfeller wurden zudem zwei neue Vorstandsmitglieder gewählt. Morena Adimari übernimmt die Medienarbeit.

Hans Wyssmann
SP Herzogenbuchsee
Irmgard Bayard
SP Langenthal

Mit **VEREINTEN** Kräften
Die GrossmütterRevolution
erfahren. engagiert. energisch.

Einladung zum Café Mortel



14. November 2024, 18 Uhr, in der Alten Mühle in Langenthal
Wir teilen Geschichten unserer Erfahrungen mit dem Sterben, hören einander zu und lassen uns inspirieren für den Umgang mit der eigenen Endlichkeit.
Unkostenbeitrag CHF 10.00. Um im kleinen Rahmen diskutieren zu können, ist die Platzzahl beschränkt.

Anmeldung bis 10. November an

gmr-oberaargau@bluewin.ch.

RegioForum Oberaargau

Mehr erfahren über die GrossmütterRevolution? Auf der Homepage www.grossmuetter.ch findet Ihr alle Informationen und Angebote.

Um unsere Anlässe durchführen und allenfalls ausbauen zu können, benötigen wir Mitfrauen, die uns mit einem Mitglieder- oder Gönnerbeitrag unterstützen. Auch dazu findet Ihr Näheres unter der Homepage.

GBO
Gewerkschaftsbund Oberaargau
Rentnerinnen- und Rentnergruppe
4900 Langenthal

Am **Donnerstag, 5. Dezember, ab 14.15 Uhr**, findet im Bad Gutenberg der Altsjahreshöck mit dem beliebten Lottospiel statt. Es gibt wieder schöne Preise wie Reise- und Essensgutscheine, Fleisch, Süßes usw. zu gewinnen. Das anschließende Zusammensein genießen wir bei einem feinen Essen. Die Einladung an unsere Mitglieder erfolgt zu gegebener Zeit. Nichtmitglieder dürfen ebenfalls teilnehmen und können sich unter gboreisen@quickline.ch melden, damit sie eine Einladung erhalten.

Voranzeige: Die Hauptversammlung findet am 6. Februar 2025 statt. Auch hierzu sind Neumitglieder natürlich herzlich willkommen.

Irmgard Bayard
SP Langenthal

UNGESETZLICHE GÄSTE AN DER BUCHSER HOUZSCHNITZU PARTY

Mitglieder der als rechtsextrem eingestuften «Jungen Tat» haben die «Houzschnitzu-Party» in Herzogenbuchsee für ihre Zwecke missbraucht. Sie mischten sich unter die Party-Besucher und betrieben ausländerfeindliche Propaganda.

Am Wochenende vom 17. August 2024 stieg die Houzschnitzu-Party in Herzogenbuchsee bereits zum 20. Mal. Mit dabei waren viele partyfreudige Besucherinnen und Besucher. Ein schöner Platz, gute Musik, leckeres Essen und erfrischende Drinks in einem schönen Ambiente. Das dachte sich auch der Gemeinderat von Buchsi, als er die Jungbürgerinnen und Jungbürger zu einem Apéro an die Party einlud.

«Save bees, not refugees»

Dass diese Veranstaltung von der «Jungen Tat» zu Propagandazwecken missbraucht würde, konnte niemand ahnen. «Plötzlich klebte mir so ein 20-Jähriger mit Glatze einen Sticker auf den Rücken», erzählt ein junger Besucher. Auf den ersten Blick habe das Symbol des Aufklebers wie dasjenige des Klimastreiks ausgesehen. Beim Lesen der Aufschrift sei dann aber der Schock gekommen: «Save bees, not refugees» (Rettet Bienen, keine Flüchtlinge), stand darauf. «Als ich

sagte, sie sollten von mir lassen, wurde ich unangenehm bedrängt», sagt der Partygänger weiter. Er habe sich daraufhin selber von den Männern entfernen müssen. Eine andere Besucherin berichtete, dass viele solcher Sticker verteilt wurden und dass Flyer der «Jungen Tat» auf den Tischen und der Bar auflagen. Augenzeugen bemerkten weiter, dass die Gruppe der «Jungen Tat» sehr organisiert aufgetreten sei und aktiv versucht habe, junge Leute zu rekrutieren.

Das OK der Houzschnitzu-Party teilte der SP Buchsi auf Anfrage mit, dass es den Vorfall ernst nehme und die Situation mit dem Sicherheitsdienst überprüft habe. Dieser habe während der Veranstaltung aber keine störenden Aktivitäten seitens der «Jungen Tat» feststellen können. Deshalb sehe man von einer Medienmitteilung ab. Der Gemeinderat Buchsi wiederum fühlte sich nicht zuständig, zum Agieren der «Jungen Tat» eine Stellungnahme abzugeben, obschon er die Jungbürgerinnen und Jungbürger an diese Party eingeladen hatte.

Wie reagieren?

Die SP Buchsi verurteilt das Auftreten dieser rechtsextremen Gruppierung an der Houzschnitzu-Party scharf. An einem der grössten Events im Dorf sollen sich alle Anwesenden wohl fühlen können, unabhängig ihrer Herkunft.

«Schlimm!» «Rassismus der übelsten Sorte», «Einfach nur geschmacklos», waren die ersten Reaktionen aus dem Vorstand, als wir von dieser widerlichen Kleberaktion erfuhren. Wir diskutierten, ob wir mit einer Medienmitteilung an die Öffentlichkeit gelangen sollten. Geben wir dieser rechtsradikalen Gruppe damit nur ungewollt Publizität, da die meisten Partygäste offenbar nichts davon mitbekommen hatten? Scharfen wir damit nicht letztlich der Houzschnitzu-Party? Oder ist es nicht unsere Pflicht, als demokratische Partei den Auftritt der «Jungen Tat» öffentlich zu verurteilen? Wir fanden keine klare Antwort auf diese Fragen und verzichteten schliesslich auf eine Medienmitteilung. Eine Diskussion innerhalb der SP, welche Strategie die klügere ist, fänden wir deshalb sinnvoll.

*Morena Adimari, Hans Wyssmann, SP
Herzogenbuchsee*

So gefährlich ist die «Junge Tat»

Ein jüngst veröffentlichter Diskriminierungsbericht bezeichnet die «Junge Tat» als dominierende Organisation in der rechtsextremen Szene in der Schweiz. Die Organisation «Junge Tat» ist in letzter Zeit vermehrt in den Schlagzeilen aufgetaucht, erst kürzlich wegen Verbindungen zur Jungen SVP. Die Jugend-Aktionsgruppe dominiert die rechtsextreme Szene in der Schweiz. Im neuer Diskriminierungsbericht 2023 warnt die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus GRA explizit vor der «Jungen Tat». Mehr als ein Viertel aller Diskriminierungsfälle gehen auf das rechtsextreme Milieu in der Schweiz zurück. Und in diesem Milieu spiele die «Junge Tat» eine Hauptrolle. Der Extremismusforscher Dirk Baier beschreibt die Gruppierung wie folgt: «Die Aktionsgruppe hat sich dem Ziel verschrieben, die Schweiz in einer Art und Weise zu verändern, die sich nicht mit Demokratie verträgt. Sie muss deswegen als rechtsextrem eingestuft werden. Es muss vor ihr gewarnt werden und man muss sich auch klar abgrenzen.» Im Moment ist es noch eine kleine Gruppierung. Es kursieren Zahlen von 20 bis 50 Personen. Doch: «Sie versucht gerade, auch an viel grössere Gruppen und sogar Parteien anzuknüpfen», erklärt Baier von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW und der Uni Zürich.

Die Gruppierung will also in der Politik mitmischen. Ihre Hauptfeindbilder sind laut Baier bestimmte Gruppen in der Bevölkerung. «Wir sehen Islamophobie, Antisemitismus, Rassismus. Das ist ein klarer Hinweis, dass wir es mit einer problematischen Gruppe zu tun haben, die keine Toleranz zeigt. Und Toleranz ist ein Grundwert der demokratischen Ordnung.»

Quelle: SRF 11.4.2024

AUS DEM LANGENTHALER STADTRAT: PARLAMENTARISCHE ERKLÄRUNG

Verurteilung von Rassismus und Menschenfeindlichkeit

In der jüngsten Vergangenheit ist in Langenthal ein Aufkommen von Rechtsextremen Symbolen und Gruppierungen bemerkbar. Die SP-Grüne-Fraktion nimmt sich dieser Thematik an. Der Stadtrat Langenthal soll alle rassistischen Ideologien verurteilen.

Wenn man bei Google -Suche Langenthal und Rechtsextremismus eingibt, stösst man auf zahlreiche Einträge. Sei es der Einzug der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) in den Stadtrat im Jahre 2004, der Angriff auf das LaKuZ oder die Attacke gegen eine türkische Familie. All diese Ereignisse haben aufgezeigt, dass Langenthal über ein Problem am rechten Rand verfügte.

In der Zwischenzeit, so könnte man meinen, hat sich die Situation verbessert. Die PNOS ist aufgelöst und offene Aufmärsche von Neonazis gehören der Vergangenheit an. Dem ist leider nicht so. Bei genauer Betrachtung wird ein anderes Bild ersichtlich.

In der jüngsten Vergangenheit ist ein vermehrtes Auftreten von rechtsextremen Symbolen und Gruppierungen feststellbar. Zu Beginn zeigte sich dies an einer Zunahme von Symbolen, welche bspw. auf Stickern in der ganzen Stadt angebracht wurden. Jüngst treten auch wieder entsprechende Gruppierungen offen in Erscheinung, was bspw. an den Vorfällen im Sommer in der Alten Mühle oder auch in Bezug auf die Ereignisse bei der Holzschnitzelparty ersichtlich ist.

Die jüngst in Erscheinung tretende rechtsextrem Junge Tat, präsentiert sich auf den ersten Blick wie eine

konservative oder sogar ökologische NGO, welche überhaupt nichts mit Springerstiefeln und Kahlköpfen am Hut hat. Befasst man sich aber detaillierter mit den Inhalten und Vorstellungen, so landet man schnell wieder beim gleichen Gedankengut. So verstecken sich hinter netten Schlagworten wie Familie und Tradition rassistische Reinheitsgedanken und die von rechten Gruppierungen stark verbreitete Verschwörungstheorie eines «Bevölkerungsaustauschs» oder einer «Ersetzungsmigration». Es zeigt sich somit, dass das rechtsextreme Gedankengut nach wie vor in unserer Gesellschaft und in Langenthal präsent ist. Es zeigt sich heute nur mit einem «netteren» Gesicht.

Dass die Junge Tat auch in Langenthal aktiv ist, zeigt sich u.a. an den Ereignissen in der Alten Mühle. Mitglieder der Gruppierung haben sich unter falschem Namen in der städtischen Liegenschaft eingemietet. In der Öffentlichkeit bekannt wurde das Ganze nur, da es im Rahmen des Vorfalls zu Auseinandersetzungen mit einer linksextremen Gegengruppierung kam.

Die SP ist sehr besorgt über diese Entwicklung. In der Politik scheint dieses Themas trotz grossem Engagement einzelner Stadtratsmitglieder nicht angekommen zu sein. Aus diesem Grund hat sich die SP-Fraktion dazu entschlossen, eine Parlamentarische Erklärung vorzubringen.

Bei einer Parlamentarischen Erklärung handelt es sich um grundsätzliche politische Hinweise z. H. des Gemeinderates. Die Erklärung besagt, dass der Stadtrat alle menschenverachtenden Ideologien, einschliesslich Rechtsextremismus, verurteilt und den Gemeinderat auffordert, klar gegen dagegen Stellung zu beziehen.

Von anderen Parteien wurde an uns herangetragen, dass wir mit der besagten Erklärung Langenthal in ein schlechtes Licht rücken.

Diese Haltung greift aber zu kurz. Es lässt sich festhalten, dass die Thematik, mit dem vermehrten Aufkommen von rechtsextremen Symbolen, aber auch mit den erwähnten Ereignissen in den Fokus der Bevölkerung rückt.

Weiter ist die SP auch klar der Meinung, dass die Thematik zwingend in den politischen Behörden diskutiert werden muss. Durch die Behandlung der Erklärung wird aufgezeigt, dass sich der Stadtrat der Thematik annimmt. Dem Image von Langenthal ist nicht geholfen, wenn die Politik ein Problem nicht behandelt. Durch eine Negation des Problems riskieren wir nur, dass sich, wie im Beispiel alte Mühle, die politischen Extrem auf der Strasse gegenseitig bekämpfen. Das wollen wir nicht. Der Stadtrat soll unterstreichen, dass Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Langenthal keinen Platz haben sollen. Ob und welche konkreten Massnahmen zur Verwirklichung dieses Zieles gewählt werden, wird Gegenstand einer fundierten und überparteilichen Debatte sein müssen.



Linus Rothacher
Stadtrat SP Langenthal

BUDGETABSTIMMUNG LANGENTHAL/KOLUMNE

Budget Langenthal 2025



Das Budget 2025 der Stadt Langenthal weist für den Gesamthaushalt ein Defizit von 4,21 Mio. aus, was im Vergleich zum Vorjahr eine Verschlechterung um 0,79 Mio. bedeutet. Der steuerfinanzierte Haushalt verzeichnet dabei ein Defizit von 3,92 Mio., während die Spezialfinanzierungen für Kehricht, Abwasser und Feuerwehr mit einem Minus von 0,29 Mio. abschliessen. Trotz dieser finanziellen Herausforderungen bleiben die Steueranlage bei 1,44 Einheiten und die Liegenschaftssteuer bei 1,0 ‰ des amtlichen Wertes unverändert.

In den vergangenen Jahren – mit Ausnahme von 2020 – fielen die tatsächlichen Verluste stets geringer aus als ursprünglich budgetiert. Diese positive Abweichung ist jedoch auf unterschiedliche Faktoren zurückzuführen und kann nicht als Zeichen für eine stabile Finanzlage ausgelegt werden.

Für das Jahr 2025 plant die Stadt Investitionen in Höhe von 35,1 Mio., wovon nach Abzug der erwarteten Subventionen ein Nettoinvestitionsvolumen von 34 Mio. bleibt. Trotz dieser umfangreichen Investitionen bleiben in den kommenden Jahren weitere bedeutende Projekte auf der Agenda. Die Sanierung der Eishalle oder der Badi sowie der dringend benötigte zusätzliche Schulraum sind nur einige der Herausforderungen, die erhebliche finanzielle Mittel erfordern werden.

Langfristig verfolgt die Stadt das Ziel, die Finanzlage zu stabilisieren. Zwar wird der Bilanzüberschuss bis Ende 2025 auf 64,2 Mio. geschätzt, doch aufgrund der fortlaufenden Defizite könnte sich dieser in den Folgejahren verringern. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, plant die Stadt eine schrittweise Reduktion der Defizite, mit dem Ziel, bis 2035 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Angesichts der begrenzten Möglichkeiten, die Ausgaben zu senken, wird eine Diskussion über die Steueranlage in den kommenden Jahren unvermeidlich sein. Die grossen Ausgabenposten lassen sich nur schwer beeinflussen. Der Stadtrat nahm das Budget einstimmig mit 37 Ja-Stimmen ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen an.

*Sandro Baumgartner
Fraktionspräsident SP Langenthal*

KOLUMNE: DAS WORT DES LAMAS



Der blinde Fleck der Bürgerlichen

Die Zeichen verdichten sich, dass die rechtsextreme «Junge Tat» gerade dabei ist, ihren giftigen Samen im Oberaargau zu säen. Das Treffen in der Alten Mühle Langenthals, getarnt als harmloser Vortrag, das vermehrte Auftauchen ihrer Kleber und zuletzt ihr Erscheinen bei der Houzschnitzu - Party in Herzogenbuchsee: Innerhalb kürzester Zeit kam es immer wieder zu Vorfällen. Sicher sind wir nicht die einzige Region, in der die Rechtsextremen versuchen, Fuss zu fassen, denn das Erstarken rechtsextremistischer und rassistischer Kräfte ist ein weltweites Phänomen und es wäre naiv zu glauben, dass wir davon verschont bleiben.

Naiv und fahrlässig wäre es aber auch, diese Tendenz zu unterschätzen. Denn die «Junge Tat» sind keine tumben Nazis, die in Springerstiefeln den Hitlergruss grölen und ein bisschen Randalie machen, sondern eine bestens organisierte Bewegung, die es versteht mit einer geschliffenen Sprache ihre menschenverachtenden Forderungen zu verschleiern und die ihren Hass unter einer freundlichen Fassade verbirgt. Das macht sie so gefährlich: Sie verstehen es perfekt, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben, die Demokratie zu destabilisieren, indem sie Misstrauen gegenüber unseren Institutionen schüren und sich als Opfer von Zensur in Szene zu setzen.

Leider funktioniert das. Denn der grosse Aufschrei der Bevölkerung bleibt aus, stattdessen wird die «Junge Tat» in den Kommentarspalten verharmlost oder gar in Schutz genommen. Und deshalb wäre es so wichtig, dass die Bürgerlichen aufhören würden, Rechtsextremismus als linke Halluzination abzutun, sondern sich ebenfalls dagegen zu positionieren. Denn unabhängig unserer politischen Einstellung, der Kampf gegen Rechtsextremismus muss gemeinsam geführt werden.

*Désirée Fessler
Aka Fräulein Lama*

SP 60 +

Brisante Themen in der Badwaldhütte Herzogenbuchsee



Franziska Roth und Linus Rothacher

Dem Co-Präsidium ist es gelungen, neben den brisanten Abstimmungsvorlagen am 24. November auch ein Thema zur Sprache zu bringen, das viele SP-Mitglieder ratlos macht: Die aktuelle Weltlage, zum Beispiel Putins Angriffskrieg in der Ukraine, verunsichert uns, viele unserer Werte sind ins Wanken geraten.

Franziska Roth, Solothurner SP-Ständerätin und Mitglied der Kommission Frieden und Sicherheit, legte uns ihren Standpunkt zur Sicherheitspolitik dar. Zusammenfassend hält sie fest:

Militärischer Angriff auf die Schweiz sehr «unwahrscheinlich»

«Die aktuelle Debatte über die Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee ist von zu viel Tunnelblick und zu wenig Gesamtschau geprägt. Was kann also eine umfassende Sicherheitspolitik dazu beitragen, damit es bei der Einschätzung des Bundesrats bleibt: Ein militärischer Angriff auf die Schweiz, namentlich mit Bodentruppen, sei sehr 'unwahrscheinlich'?»

Bereits im Kalten Krieg beschloss die Schweiz, im Falle eines Atomangriffs auf jede Verteidigung zu verzichten. Dahinter stand die Einsicht, dass ab einer gewissen Kriegsinintensität die Zerstörung ein Ausmass erreicht, dass kaum mehr etwas zum Verteidigen übrigbleibt.

Modernisierungsdefizit von mindestens zehn Jahren

Die heutige, dicht besiedelte Schweiz ist von hoch verletzlichen, eng miteinander verwobenen Dienstleistungsnetzen abhängig. Daraus folgt, dass es nie vollkommene Sicherheit gibt. Wo also bietet ein zusätzlicher Franken zusätzliche Sicherheit? Franziska Roth nennt beispielsweise den Bereich der Cyber-Sicherheit. «Hier weist die Schweiz gegenüber der EU ein Modernisierungsdefizit von mindestens zehn Jahren auf. Ferner ist unsere Strafjustiz mangels Personal in einem sicherheitsgefährdenden Ausmass überlastet. Auch haben wir bisher keinerlei Instrumente gegen den laufenden Informationskrieg mittels Desinformation und Hasskampagnen. Und laut Armeebotschaft 2024

soll zum Beispiel die Sanität nicht ausgebaut werden, weil das Konzept vorsieht, dass die Armee sämtliche Schwerstverletzten dem zivilen Gesundheitswesen übergibt. Dieses sagt aber, es könne innert 24 Stunden dafür maximal 25 Betten zur Verfügung stellen. Die Beispiele liessen sich beliebig vermehren.»

Auszubauen seien unter anderem die internationale militärische Friedensförderung, der lokale Luftraumschutz auch gegen Mikrodrohnen, Cyber-Desinformation usw.

Einschätzungen aus der Sicht eines JUSO-Mitglieds



Zum Thema Sicherheitspolitik hätten sich auch in der JUSO die Vorstellungen seit dem russischen Angriff auf die Ukraine verändert, so Linus Rothacher. Auch sei für viele klar, dass die Ukraine ein Selbstverteidigungsrecht habe und dass Waffenlieferungen zumindest von anderen europäischen Staaten zulässig seien. Eine einheitliche Position zu diesem Thema sei angesichts der verschiedenen Ansichten logischerweise nicht auszumachen.

... und aus persönlicher Sicht: Kein Recht des Stärkeren

Linus Rothacher ist überzeugt, dass internationale Konflikte auf der Grundlage des Völkerrechts und innerhalb der vorgesehenen UNO-Gremien gelöst werden sollen. Kleine Staaten wie die Schweiz hätten ein grundlegendes Interesse daran, dass internationale Beziehungen nach klaren Regeln ablaufen und sich nicht das Recht des Stärkeren durchsetzt. Deshalb solle die Schweiz auch die Sanktionen gegen die Russische Föderation mittragen.

*Maya Eigenmann – Fisch
Co – Präsidentin SP 60+*

GBO

Die Teuerung und die Löhne

In den vergangenen drei Jahren mussten wir im Nachgang zu Corona sowie im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und der allgemeinen Weltlage eine Teuerung hinnehmen. Um die Kaufkraft der Arbeitnehmenden zu erhalten, sollte diese bei den Löhnen ausgeglichen werden. Ein kleiner Rück- und Ausblick in die Branchen des Service Public.

Lange gab es in der Schweiz keine wirkliche Teuerung mehr. Entsprechend existiert kaum Regelwerk, dass eine automatische Anpassung der Löhne an die Teuerung festschrieb. Gängige Argumente dagegen waren stets, dass einerseits dann bei negativer Teuerung die Löhne auch sinken müssten, was dann nicht durchsetzbar wäre. Und andererseits, dass ein kompletter Ausgleich bei den Löhnen die Inflation nur weiter ankurbeln würde.

Seit drei Jahren ist das Thema nun plötzlich aktuell. Automatisch passiert fast gar nichts. Allgemeiner Tenor der Wirtschaft ist, dass ja auch für die Unternehmen alles teurer wird, da will man nicht auch noch die Personalkosten freiwillig in die Höhe schrauben. Wir Gewerkschaften hingegen versuchen in Verhandlungen sowie auf politischer Ebene den Ausgleich zu erreichen. Auch dieses Jahr stehen wir gerade wieder mittendrin, ab Januar 2024 für möglichst viele Angestellten den Ausgleich zu erwirken. Schliesslich schauen Betriebe und Kantone auch beieinander ab, wer denn wie viel oder wie wenig dem Personal gegeben hat. Dabei ist es jeweils wichtig, darauf zu achten, dass der Teuerungsausgleich nicht zu Lasten eines generellen und individuellen Gehaltsaufstiegs geht. Also dass weiterhin die Berufserfahrung und besondere Leistungen vergütet werden.



Und dann gibt es noch Betriebe, die gar nicht wirklich selbst entscheiden können, sondern von Kantonen und Gemeinden subventioniert werden. Diese Betriebe finden sich insbesondere in der Langzeitpflege und im Sozialbereich. In der politischen Debatte stehen aber jeweils das Verwaltungspersonal und die Lehrpersonen im Vordergrund. Dass da noch subventionierte Betriebe mit Personen in tieferen Gehaltsklassen und mit tieferen Rotationsgewinnen daran hängen, geht immer mal wieder gerne vergessen.

Im Moment ist die Teuerung 2024 wahrscheinlich unter 1.5%. Damit wäre der Vorschlag des Berner Regierungsrats für Verwaltung, Lehrpersonal und subventionierte Betriebe 1% zu sprechen gar nicht stark daneben. Allerdings wird so die Teuerung nicht ausgeglichen. Und die aufgelaufene Teuerung von momentan 2.3% – die Teuerung der vergangenen Jahre, die noch nicht ausgeglichen wurde – wächst weiter, anstatt endlich ausgeglichen zu werden.

Es braucht deshalb weiterhin Druck, dass etwas geschieht und das Personal – gerade in den subventionierten Betrieben - nicht zu kurz kommt. Am Montag, den 2. Dezember, beschliesst der Grosse Rat das Budget. Der VPOD ruft deshalb um 13 Uhr zu einer Aktion vor dem Rathaus auf.

RÄTSEL

ABKLOPFEN—DAS ROTSPÉCHT—PREISRÄTSEL

Dank Gutschein das Haushaltsbudget entlasten? So funktioniert es:

Ein Begriff und vier Zuschreibungen dazu sind vorgegeben, aber eine Zuschreibung ist **falsch**.

Finde die jeweils **falsche** Zuschreibung. Die 9 zugehörigen Buchstaben ergeben zusammen den Lösungsbegriff. **Mitmachen lohnt sich! Gutscheine verschiedener Geschäfte aus der Region werden verlost.**

Viel Spass beim Rätseln!

1) Holzsorte

- O** Buche
- Ü** Eiche
- B** Tanne
- M** Marmor

2) Land mit Amtssprache Französisch

- F** Belgien
- Q** Kanada
- A** Schweiz
- I** Kuba

3) Amerikanische Sängerin

- E** Adele
- U** Jennifer Lopez
- Ö** Taylor Swift
- W** Olivia Rodrigo

4) Amtierender SP-Ständerat

- B** Carlo Sommaruga
- T** Eric Nussbaumer
- J** Simon Stocker
- D** Pierre-Yves Maillard

5) Das fliesst dort

- I** Roggwil: Rot
- Z** Oberönz: Önz
- R** Huttwil: Tränkibach
- Ä** Langenthal: Langeten

6) Wird dieses Jahr ausgestellt

- S** Attiswil: Kraftwerk
- E** Wyssachen: Lina Bögli, Immer vorwärts
- Y** Madiswil: Hike & Sketch
- P** Aarwangen: Colanis Welt

7) Das gibt es im Oberaargau:

- K** Langenthal: Lungenliga
- X** Riedwil: Oberaargauer Buchzentrum
- V** Melchnau: Galerie 63
- C** Oeschenbach: Käsemarkt

8) Beruf, für den die bfsi in Langenthal Bildungsangebote durchführt

- H** Feuersalamander/in EFZ
- O** Fachfrau/mann Gesundheit EFZ
- G** Mechanikpraktiker/in EBA
- K** Automatiker/in EFZ

9) Figur aus Geschichten über das Römische Reich

- L** Imperator
- F** Triumphator
- T** Radiator
- R** Gladiator

1 2 3 4 5 6 7 8 9

Lösungswort und Absender gut leserlich auf eine Karte schreiben und einsenden an oder einwerfen bei: *Lotte Nussbächer, Aarwangenstrasse 9, 4900 Langenthal*. Alternativ ist auch die Teilnahme per E-Mail möglich. Lösungswort und Postadresse senden an redaktion-rotspecht@gmx.ch.
Betreff: *Lösungswort Rätsel*. Einsendeschluss: 30.12.2024

Die Lösung des letzten Rätsels war ÖKOSYSTEM. Es gingen 14 richtige Zusendungen ein.

Gewonnen haben: A. Jost, B. Mehmed und S. Scheurer. Herzlichen Glückwunsch!

Termine im November, Dezember 2024

16.11.24		Frauen*stamm	Chrämerhuus
24. 11. 24		Eidgenössische Abstimmungen	
25.11.24		Stadtratssitzung Langenthal	Alte Mühle
25.11.24 – 05-12.24		Wintersession Grossrat	
29.11.24		Schlusshöck SP Langenthal	
02.12.24 – 20.12.24		Wintersession National – und Ständerat	
04.12.24		Sektionsversammlung SP Buchsi	
11.12.24		Gemeindeversammlung SP Buchsi	
16.12.24		Stadtratssitzung Langenthal	
21.12.24		Frauen*stamm	Chrämerhuus

Impressum

ROTSPECHT, das Informationsblatt der SP Langenthal und der SP Oberaargau
www.sp-langenthal.ch / www.sp-oberaargau.ch

Erscheinungsweise / Auflage: 4x jährl. / 1'300

Nächster Redaktionsschluss: 08.01.2025

Druck: DDC Langenthal

Redaktion: redaktion-rotspecht@gmx.ch

An der aktuellen Ausgabe mitgearbeitet haben:

Adrian Wüthrich, Désirée Fessler, Irmgard Bayard, Lirija Sejdi, Hans Wyssmann, Sandro Baumgartner, Maya Eigenmann – Fisch, Morena Adimari, Linus Rothacher, Markus Müller, Gabriela Bannwart, Wednesday und Salem

Werden Sie Mitglied der SP!

Machen Sie mit bei der SP! Denn als SP-Mitglied können Sie mitreden und mitentscheiden. Und Sie können mithelfen, Ihre Gemeinde, Ihren Kanton, die Schweiz und damit letztlich die Welt sozialer, ökologischer und demokratischer zu machen. Mit politischer Leidenschaft und Lebenslust. Bei uns wird nämlich auch gelacht und gefeiert, kurz: genossen.

Melden Sie sich unter: www.spschweiz.ch/beitreten

oder per Mail an: info@sp-langenthal.ch



**Der Schlüssel
zum guten Mietverhältnis.**

**Persönliche Rechtsberatung,
auch per E-M@il.**

Lassen Sie sich beraten. Werden Sie Mitglied.

Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern
www.mieterverband.ch/bern, Telefon 031 378 21 21

M V